

Die Mossad-Wurzeln der erfundenen IHRA-Antisemitismus-Definition

Ali Abunimah, electronicintifada.net, 08.06.23

Die umstrittene Antisemitismus-Definition, übernommen von der Europäischen Union und Dutzenden von Ländern, lokalen Regierungen und Institutionen innerhalb des Blocks, führte zu „weit verbreiteten Einschränkungen des Rechts auf Versammlung und freie Meinungsäußerung“.

Das ist eines der ernüchternden Ergebnisse eines neuen Berichts (1) des *European Legal Support Center (ELSC)*, eine Organisation, die sich für die Rechte der Palästinenser:innen einsetzt und sie vor der allgegenwärtigen Zensur schützt.

Die Initiative, die den vermeintlich neuen Antisemitismus in einer Definition zu erfassen und zu kodifizieren sollte, wurde ursprünglich von Dina Porat in ihrer Eigenschaft als Leiterin des *Project on Antisemitism* an der Universität Tel Aviv vorangetrieben. Das von Porat geleitete Projekt wurde vom Mossad finanziert.

Der Bericht macht auch darauf aufmerksam, dass die Bemühungen, Kritik an Israel in Antisemitismus umzudefinieren – die schließlich in der Antisemitismus-Definition der *International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)* gipfelten – ursprünglich vom Mossad finanziert wurden, Israels berüchtigtem globalem Spionage- und Attentatsdienst.

Der Bericht dokumentiert 53 Fälle in Deutschland, Österreich und Großbritannien und kommt zu dem Schluss, dass in der „überwältigenden Mehrheit der Fälle“ Vorwürfe des Antisemitismus, die gemäß der *IHRA*-Definition erhoben wurden, falsch waren.

In 42 Fällen ging es um Anschuldigungen gegen Farbige – 19 davon waren Palästinenser:innen – und in 11 Fällen um Antisemitismusvorwürfe gegen jüdische Einzelpersonen oder Gruppen, die ihre Sympathie für Palästinenser:innen zum Ausdruck gebracht hatten.

Dieses Muster deutet darauf hin, dass die Definition in einer „diskriminierenden Weise“ umgesetzt wird, so *ELSC*.

Durch seine Regierungsministerien und Botschaften war Israel eine „treibende Kraft hinter der Instrumentalisierung der *IHRA*-Definition als Waffe“, so die *ELSC*.

„Überwachung“

Die meisten Vorwürfe haben sich letztlich als unbegründet erwiesen, allerdings oft zu hohen Kosten für die Beschuldigten, darunter Rechtsstreitigkeiten, Rufschädigung, Verlust des Arbeitsplatzes und psychische Schäden. Die Furcht vor solchen Konsequenzen schränkt die freie Meinungsäußerung erheblich ein.

„Ich fand, dass die *IHRA*-Definition als Ablenkungsmanöver eingesetzt wurde, bei dem ich mich routinemäßig verheizt fühlte, wenn ich das Recht auf freie Meinungsäußerung und Solidarität mit Palästina verteidigte“, sagte ein Student einer britischen Universität. „Ich hatte lähmende Angst, wem ich überhaupt trauen könnte, da es sich anfühlte, als sei die *IHRA*-Definition eine Art Überwachung in meinem täglichen Leben.“

Zu den berüchtigtsten Fällen von Repression im Sinne der *IHRA*-Definition gehört die massenhafte Entlassung arabischer Journalist:innen, beruhend auf falschen und politisch voreingenommenen Antisemitismusvorwürfen von Pro-Israel-Befürworter:innen beim deutschen Regierungssender *Deutsche Welle*.

Bei drei der entlassenen Journalist:innen, die vor Gericht gingen, wurde die Entlassung als unrechtmäßig und ungerechtfertigt aufgehoben, und ein vierter Fall ist nach Angaben der *ELSC* noch anhängig.

Jedoch wurden in ganz Europa „Disziplinarverfahren gegen Studenten und Mitarbeiter von Universitäten, die Verweigerung der Nutzung öffentlicher Räume, die Verweigerung öffentlicher Gelder, Entlassungen und der Ausschluss von öffentlichen Veranstaltungen und Debatten mit falschen Antisemitismusvorwürfen gegen Befürworter der palästinensischen Rechte, einschließlich vieler jüdischer Aktivisten, geführt“, so die *ELSC*.

„Diese Aktionen werden oft von Organisationen und Einzelpersonen initiiert, die Israel unterstützen.“

De facto-Recht

Trotz weit verbreiteter und zunehmender Kritik, dass die *IHRA*-Definition Kritik an Israel und seiner rassistischen Staatsideologie Zionismus mit antijüdischer Bigotterie vermengt, hat die EU die Mitgliedstaaten energisch aufgefordert, das Dokument anzuwenden.

Gleichzeitig habe die EU – und insbesondere die Antisemitismus-Koordinatorin Katharina von Schnurbein – die von zivilgesellschaftlichen Organisationen in ganz Europa geäußerten „substantiellen Bedenken“ gegen die *IHRA*-Definition ignoriert, so die *ELSC*.

Stattdessen versteckt sich die Europäische Kommission – das Exekutivorgan der EU – hinter der Behauptung, dass „die *IHRA*-Definition nicht rechtsverbindlich ist“, und behauptet fälschlicherweise, dass die Definition „die Meinungsfreiheit oder die Möglichkeit, Israel zu kritisieren, nicht einschränkt“.

Die akribischen Recherchen der *ELSC* zeigen jedoch, dass die *IHRA*-Definition in ganz Europa „zur Grundlage für politische Maßnahmen geworden ist, die de facto rechtsverbindlich sind“.

In Großbritannien, neben Deutschland eines der repressivsten Länder gegen Unterstützer der Rechte der Palästinenser, hat „zunehmender staatlicher Druck“, einschließlich der Androhung des Entzugs von Fördermitteln, Gemeinderäte, Universitäten und sogar die National Union of Students dazu gezwungen, die *IHRA*-Definition zu übernehmen.

„Infolgedessen ist die Definition nun Teil interner Untersuchungen und Disziplinarverfahren“, und zwar in einer Art und Weise, die sich „überwiegend auf Personen auswirkt, die die israelische Regierung kritisieren oder sich für BDS einsetzen“ – den Boykott Israels nach dem Vorbild der internationalen Basiskampagne, die zur Beendigung der Apartheid in Südafrika beitrug, so die *ELSC*.

Eklatante Lügen der EU-Antisemitismus-Koordinatorin

Als sie mit Bedenken über die repressive Anwendung der *IHRA*-Definition konfrontiert wurde, verlegte sich Katharina von Schnurbein von der EU – nicht zum ersten Mal – aufs Lügen.

Im vergangenen November fragte Francesca Albanese, die UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten, von Schnurbein auf *Twitter*, ob die EU eine Bewertung der Auswirkungen der Anwendung des IHRA auf Grundrechte wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit vorgenommen habe.

Von Schnurbein antwortete, dass eine solche Bewertung vorgenommen worden sei.

Wir haben also eine Bewertung vorgenommen und die Betroffenen befragt. Vielleicht gefällt Ihnen das Ergebnis der FRA-Umfrage nicht und Sie diskreditieren die Methodik, indem Sie kritisieren, dass man sich selbst identifizieren muss, um an der Umfrage teilnehmen zu können. Dennoch ist dies eine anerkannte Methode für Erhebungen über Minderheiten. Wir führen keine Liste von Juden.

- (((k schnurbein))) (@kschnurbein) November 23, 2022

Die in Großbritannien und in Schweden ansässige Menschenrechtsgruppe *Law for Palestine* forderte die EU jedoch auf, die Bewertung im Rahmen ihres Rechts auf Informationsfreiheit zu veröffentlichen.

Stattdessen bestätigte die Europäische Kommission – im krassen Widerspruch zu von Schnurbein –, dass eine solche Bewertung nie durchgeführt worden sei.

4/13 Am 9. Dezember 2022 antwortete die @EU_Commission mit dem unten stehenden Schreiben, in dem es heißt: □

„Wir teilen Ihnen hiermit mit, dass die Kommission über keine Dokumente verfügt, die der in Ihrem Antrag gegebenen Beschreibung entsprechen.“ pic.twitter.com/GIQCVDwmiv

Obwohl skrupellos, ist von Schnurbeins Verhalten kaum überraschend: Wie *The Electronic Intifada* berichtet hat, arbeitet die deutsche Beamtin seit Jahren eng mit der Israel-Lobby in Brüssel zusammen, um deren antipalästinensische Agenda umzusetzen.

Von der Lobby getrieben

Die umstrittene *IHRA*-Definition von Antisemitismus ist nur die jüngste Variante der Bemühungen, Kritik an Israel als antijüdische Bigotterie umzudefinieren. Es handelt sich um eine Neuauflage der diskreditierten „Arbeitsdefinition“ des Antisemitismus, die 2005 von der Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit der Europäischen Union (jetzt EU-Agentur für Grundrechte) veröffentlicht wurde.

Diese Definition wurde ursprünglich von Kenneth Stern verfasst, einem Vertreter der Israel-Lobbygruppe *American Jewish Committee*. Stern prangerte später an, wie die Definition als Waffe eingesetzt wurde, um Kritiker Israels zum Schweigen zu bringen. Sterns Definition wurde nie offiziell anerkannt und von der EU-Einrichtung im Jahr 2013 zurückgezogen.

Doch nachdem sie aufgegeben wurde, „setzten sich Befürworter, die mit israelischen Lobbygruppen wie dem *American Jewish Committee*, dem Simon Wiesenthal Center und dem Europäischen Jüdischen Kongress

verbunden sind, bei anderen europäischen Gremien für die Übernahme der Definition ein“, so die *ELSC*. Als sie keinen Erfolg hatten, wandten sie sich an die *International Holocaust Remembrance Alliance*, die daraufhin die aufgegebene „Arbeitsdefinition“ annahm und 11 illustrative Beispiele für „Antisemitismus“ hinzufügte, die sich meist auf Kritik an Israel konzentrieren.

Geld vom Mossad

Der beeindruckend klingende Name der *IHRA* – eines Gremiums, dem Israel und 34 weitere Länder angehören, die meisten von ihnen Tel Avivs engste Verbündete und Waffenlieferanten in Europa und Nordamerika – wurde verwendet, um der Antisemitismus-Definition den Anschein von Autorität zu verleihen. Als solches ist es das erfolgreichste Ergebnis der jahrzehntelangen Bemühungen Israels und seiner Lobby, Kritik an Israel und dem Zionismus als „neuen Antisemitismus“ darzustellen.

Die *ELSC* stellt fest, dass die Initiative, diesen vermeintlich neuen Antisemitismus in einer Definition „zu erfassen und zu kodifizieren“, ursprünglich von Dina Porat in ihrer Eigenschaft als Leiterin des *Project on Antisemitism* an der Universität Tel Aviv, später umbenannt in *Stephen Roth Institute for the Study of Contemporary Antisemitism and Racism*, vorangetrieben wurde.

Bezeichnenderweise, darauf weist die *ELSC* hin, wurde das von Porat geleitete Projekt „vom Mossad finanziert“. *ELSC* stützt sich auf den Bericht von Antony Lerman, dem Gründer des *Institute for Jewish Policy Research*.

In seinem 2022 erschienenen Buch „Whatever Happened to Antisemitism?“ bezeichnet Lerman Porat als eine der „führenden Förderinnen des ‚neuen Antisemitismus‘, der *IHRA*-„Arbeitsdefinition‘ und der Infrastruktur des ‚Krieges‘ gegen den Antisemitismus“.

Lerman zufolge wurde Kenneth Stern direkt von Porat auf die Idee gebracht, seine Definition von Antisemitismus zu formulieren.

In den 1990er Jahren leitete Lerman das *Institute of Jewish Affairs*, den Forschungszweig des Jüdischen Weltkongresses, der jährlich eine länderspezifische Erhebung über Antisemitismus veröffentlichte.

Lerman schreibt, dass, sobald das *Institute for Jewish Affairs* mit der Veröffentlichung des jährlichen Antisemitismusberichts begann, „intensiver Druck auf das IJA ausgeübt wurde, mit einem neuen, vom Mossad finanzierten Projekt zur Erforschung des Antisemitismus an der Universität Tel Aviv zusammenzuarbeiten, um einen gemeinsamen Bericht zu erstellen“.

Lerman erklärt, seine Organisation habe versucht, sich diesem Druck zu widersetzen, da sie „die Objektivität dieser Art von israelischer Beteiligung bezweifelte und befürchtete, der Bericht könnte zur Förderung der zionistischen Ziele des Staates verwendet werden“.

Aber andere Israel-Lobbygruppen, darunter das *American Jewish Committee* und die *Anti-Defamation League*, hatten keine solchen Skrupel und schlossen sich der vom Mossad finanzierten Initiative bereitwillig an.

Lerman enthüllt, dass die Feindschaft, die er und seine Organisation von dem vom Mossad unterstützten Projekt und seinen Partnern in der Israel-Lobby ernteten, mit der Einschätzung seiner Gruppe Mitte der

1990er Jahre zusammenhing, dass der weltweite Antisemitismus tatsächlich rückläufig sei. Dies stand in völligem Widerspruch zu der Vorstellung vom „neuen Antisemitismus“, der von Israel und seiner Lobby propagiert wurde.

„Im Allgemeinen stellten wir fest, dass die Botschaft, der Antisemitismus gehe zurück, von vielen Menschen nicht gehört werden wollte“, schreibt Lerman. „Und da wir versuchten, Mittel für unsere Arbeit am Bericht zu beschaffen, hat uns eine solche Sichtweise keinen Gefallen getan.“

„Wir wussten nur zu gut, dass man unter starkem Druck stand, das Problem zu übertreiben, um Spender für die Unterstützung der Antisemitismusbearbeitung zu gewinnen“, fügt Lerman hinzu.

Dina Porat, die das vom Mossad finanzierte Projekt an der Universität Tel Aviv leitete, ist seit 2011 Chefhistorikerin der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem.

In dieser Funktion wurde sie beschuldigt, dem israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu geholfen zu haben, die Rolle Polens beim Holocaust zu beschönigen, um die Beziehungen zu einem der treuesten EU-Verbündeten Tel Avivs zu verbessern.

Offensichtlich spielte Porat weiterhin eine Rolle bei Israels Bemühungen, Kritik an seinen Verbrechen mit antijüdischer Bigotterie gleichzusetzen, wobei es unmöglich ist, zu wissen, ob und inwieweit sie noch mit dem Mossad zusammenarbeitet.

Im vergangenen Jahr trat sie als Gründungsdirektorin des *Kantor-Zentrums* für das Studium des zeitgenössischen europäischen Judentums an der Universität Tel Aviv zurück, obwohl sie dort weiterhin tätig ist.

Im Jahr 2019 teilten sich Porat und die EU-Koordinatorin für Antisemitismus, Katharina von Schnurbein, die Bühne mit anderen europäischen und israelischen Regierungsvertretern auf einer Konferenz der Universität Tel Aviv über den „Anstieg des Antisemitismus“, auf der die Redner:innen aggressiv für die IHRA-Definition warben und den Widerstand gegen den Zionismus mit Judenfeindlichkeit gleichsetzten.

Zurückdrängen

Wie der *ELSC*-Bericht zeigt, besteht das stärkste Motiv für die Übertreibung und Verfälschung von Antisemitismusbehauptungen – insbesondere auf der Grundlage der grotesk verzerrten *IHRA*-Definition – darin, Befürworter palästinensischer Rechte zum Schweigen zu bringen, zu verleumden und zu bestrafen.

Es ist ein Instrument, das nicht nur von Lobbygruppen genutzt wird, sondern auch eine Möglichkeit für Israel darstellt, sich direkt in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen.

So übte die israelische Botschaft in London 2017 Druck auf die Universität Manchester aus, um einen geplanten Vortrag der jüdischen Historikerin und Holocaust-Überlebenden Marika Sherwood mit dem Titel „Ihr tut den Palästinensern das an, was die Nazis mir angetan haben“ zu verhindern.

Die Botschaft machte geltend, dass der Vortrag gegen die *IHRA*-Definition verstoße, woraufhin die Universitätsverwaltung die Veranstaltung stark einschränkte, u. a. indem sie den Vorsitzenden gegen einen eigenen austauschte, die Öffentlichkeitsarbeit einschränkte, eine Änderung des Titels erzwang und die Student:innen darüber informierte, dass die Veranstaltung aufgezeichnet werden würde.

Trotz der zweifellos abschreckenden Wirkung, die die *IHRA*-Definition hatte, stoßen ihre Befürworter auf zunehmenden Widerstand. Im April forderten mehr als 100 Organisationen den Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, auf, den Druck Israels und seiner Verbündeten zur Übernahme der *IHRA*-Definition zurückzuweisen.

Und einige Befürworter der Rechte der Palästinenser sahen einen Sieg darin, dass die Regierung Biden die *IHRA*-Definition nicht als einzige Referenz für antijüdische Vorurteile in ihrer kürzlich eingeleiteten Strategie zur Bekämpfung des Antisemitismus übernommen hat. (Das Weiße Haus stellte jedoch klar, dass die US-Regierung die *IHRA*-Definition „angenommen“ hat).

Das *European Legal and Support Center* fordert die EU und andere Behörden auf, die *IHRA-Definition* zu widerrufen und nicht weiter zu propagieren, die Rede- und Meinungsfreiheit proaktiv zu schützen und Strategien zur Bekämpfung antijüdischer Vorurteile zu entwickeln, welche die Rechte und Freiheiten der Verteidiger der palästinensischen Sache nicht beeinträchtigen.

„Im Jahr 2023 riskiert jeder, der sich kritisch über Israel äußert oder schreibt, eine öffentliche Stigmatisierung und Strafmaßnahmen, beruhend auf falschen Antisemitismusvorwürfen“, stellt die *ELSC* fest. Das ist die Realität, aber sie wird sich ändern, wenn mehr Menschen den Mut finden, ihre Stimme zu erheben und sich solidarisch gegen die Lügen, Verleumdungen und Einschüchterungstaktiken Israels und seiner Lobby zu stellen.

Quelle:

<https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/mossad-roots-bogus-ihra-anti-semitism-definition>

1. <https://elsc.support/news/breaking-new-report-reveals-human-rights-violations-resulting-from-ihra-definition-of-antisemitism>
2. <https://electronicintifada.net/content/meet-ahmad-mansour-palestinian-doing-israels-dirty-work-germany/34796>
3. <https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/deutsche-welle-illegally-fired-palestinian-journalist-german-court-rules>
4. <https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/court-orders-deutsche-welle-reinstate-second-palestinian-journalist>
5. <https://electronicintifada.net/blogs/nora-barrows-friedman/video-why-anti-zionism-not-anti-semitism>
6. <https://electronicintifada.net/blogs/ali-abunimah/eu-anti-semitism-chief-stands-blatant-lie>
7. <https://electronicintifada.net/tags/francesca-albanese>
8. <https://www.holocaustremembrance.com/resources/working-definitions-charters/working-definition-antisemitism>
9. <https://www.middleeasteye.net/opinion/pro-zionism-and-antisemitism-are-inseparable-and-always-have-been>
10. <https://electronicintifada.net/tags/antony-lerman>
11. <https://antonylerman.com/about/>

12. <https://www.chi.ac.uk/news/distinguished-historian-and-activist-marika-sherwood-given-honorary-award-from-university-of-chichester/>

Übersetzung für Pako: A. Riesch – palaestinakomitee-stuttgart.de